

Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen

Eine prüfungsorientierte Darstellung

Bearbeitet von

Von Prof. Dr. Johannes Dietlein, und Prof. Dr. Johannes Hellermann

7. Auflage 2019. Buch. XXXVI, 586 S. Softcover

ISBN 978 3 406 73172 3

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Landesrecht, insbes. Rechtssammlungen > Landesrecht Nordrhein-Westfalen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Landesrecht
Nordrhein-Westfalen

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen

Verfassungsrecht
Kommunalrecht
Polizei- und Ordnungsrecht
Öffentliches Baurecht
Verwaltungsprozessuale Grundlagen

Eine prüfungsorientierte Darstellung

von

Univ.-Prof. Dr. iur. Johannes Dietlein

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. iur. Johannes Hellermann

Universität Bielefeld

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

7. Auflage 2019





www.beck.de

ISBN 9783406731723

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typosatz, 86720 Nördlingen
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur siebten Auflage

Erneut haben die Verfasser für die freundliche Aufnahme der Voraufgabe dieses Werkes zu danken, das seit 2006 einen festen Platz in der Ausbildungsliteratur für Studierende sowie für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in Nordrhein-Westfalen einnimmt.

Mit der nunmehr fertig gestellten siebten Auflage wird das Werk grundlegend überarbeitet auf den neuesten Stand gebracht. Hierbei sind **bedeutsame Neuerungen** zu verzeichnen: Ein massiver Bedeutungszuwachs des Landesverfassungsrechts dürfte sich als Folge der zum 1. Januar 2019 eröffneten **Individualverfassungsbeschwerde zum Landesverfassungsgericht** ergeben. Die neue Rechtsschutzform bringt zahlreiche neuartige Fragestellungen mit sich, die ohne Zweifel alsbald auch in Ausbildung und Prüfung Relevanz gewinnen werden. In der Öffentlichkeit intensiv diskutiert wurde auch die zum Ende 2018 abgeschlossene **Reform des Polizeigesetzes NRW**, die zahlreiche neue Eingriffsermächtigungen wie etwa die „strategische Fahndung“, die „Aufenthaltsvorgabe“ oder die „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ mit sich gebracht hat. Eine grundlegende, in der Neuaufgabe vollumfänglich berücksichtigte Überarbeitung hat auch die **Bauordnung NRW** erfahren. Zum 1.1.2019 in Kraft getreten ist schließlich die Erweiterung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung durch das **Justizgesetz NRW**.

Erneut sei an dieser Stelle auf das als Ergänzung zu diesem Werk konzipierte „Klausurenbuch Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen“ verwiesen, das die zentralen Themen dieses Lehrbuchs klausurenmäßig aufbereitet und damit einen weiteren wichtigen Baustein für eine erfolgreiche Examensvorbereitung liefert.

Der Dank der Verfasser für tatkräftige Unterstützung bei der Erstellung der Neuaufgabe gilt namentlich Frau *Anja Knerim*, Herrn *Johannes Fabi* und Herrn *Lucas Walge* (Universität Düsseldorf) sowie Herrn *Julius Bockermann*, Frau *Antonia Daszenes*, Herrn *Matthäus Fons*, Herrn *Robert Gmeiner*, Frau *Franziska Peitzmeier*, Herrn *Leon Scherff* und Frau *Michaela Wördehoff* (Universität Bielefeld).

Sollte die Freude am Öffentlichen Recht, die alle an der Entstehung und Aktualisierung des Buches Beteiligten motiviert und mitgetragen hat, auf unsere Leser überspringen, wäre das der schönste Lohn unserer Arbeit.

Düsseldorf/Bielefeld, im Februar 2019

Prof. Dr. J. Dietlein
Prof. Dr. J. Hellermann

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Anders als das Strafrecht und das Zivilrecht ist das Öffentliche Recht in weitem Umfange landesrechtlich geprägt. Dies gilt namentlich für die verwaltungsrechtlichen Pflichtfächer Kommunalrecht, Polizei- und Ordnungsrecht sowie öffentliches Baurecht. Ländertübergreifende Darstellungen können den landesstaatlichen Eigenheiten naturgemäß nur bedingt Rechnung tragen. Für die Studierenden ergeben sich hieraus zusätzliche Schwierigkeiten bei der Erschließung der einschlägigen Rechtsgebiete. Mit

dem vorliegenden Lehrbuch soll die skizzierte Problematik in der Lehrbuchliteratur überwunden und den Studierenden an den nordrhein-westfälischen Hochschulen eine auf ihre spezifischen Lernbedürfnisse zugeschnittene Darstellung der zentralen Fach- und Prüfungsgebiete des öffentlichen Rechts an die Hand gegeben werden.

Besonderer Wert wurde dabei auf eine verständliche und übersichtliche Aufbereitung des Stoffes sowie auf eine reiche Fallanschauung gelegt. Weiterführende Hinweise am Ende eines jeden Abschnitts ermöglichen eine rasche Erschließung spezieller Problemkreise. Zahlreiche Kontrollfragen mit beigefügten Antworten geben Aufschluss über den konkreten Lernstand und verhelfen so zu einer gezielten Behebung noch vorhandener Wissenslücken.

Konzipiert wurde das Buch zur vorlesungsbegleitenden Mitarbeit sowie zur systematischen Vorbereitung auf die erste juristische Staatsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen. Zugleich ermöglicht es aber auch den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren in Nordrhein-Westfalen eine schnelle Wiederholung der zentralen Lerngebiete des Öffentlichen Rechts.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
§ 1. Verfassungsrecht (<i>Dietlein</i>)	1
§ 2. Kommunalrecht (<i>Hellermann</i>)	113
§ 3. Polizei- und Ordnungsrecht (<i>Dietlein</i>)	244
§ 4. Öffentliches Baurecht (<i>Hellermann</i>)	432
§ 5. Anhang: Verwaltungsprozessuale Probleme in der Fallbearbeitung (<i>Dietlein</i>)	554
Sachverzeichnis	577

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIX
-----------------------------	------

§ 1. Verfassungsrecht (*Dietlein*)

A. Verfassungsgeschichtliche Grundlagen	1
I. Bund und Länder nach dem Zusammenbruch des Reiches	1
II. Zur Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen	2
III. Zur Entstehung der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens	3
1. Verfassungsberatungen vor Inkrafttreten des Grundgesetzes	3
2. Verfassungsberatungen nach Inkrafttreten des Grundgesetzes	4
IV. Anhang	4
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	5
I. Staatsqualität und Verfassungshoheit im Föderalstaat	5
II. Verfassungshoheit und verfassunggebende Gewalt	5
III. Grundgesetzliche Bindungen des landesstaatlichen Verfassungsgewalters	6
1. Die Homogenitätsregel des Art. 28 Abs. 1 GG	6
2. Homogenität im Bereich der Grundrechte	7
3. Art. 31 GG als allgemeine Kollisionsnorm	8
4. In das Landesverfassungsrecht „hineinwirkendes“ Bundesverfassungsrecht?	8
IV. Anhang	9
C. Die Grundrechte	10
I. Das Verhältnis von Bundes- und Landesgrundrechten	10
II. Art. 4 Abs. 1 LV als „dynamische Rezeption“	11
III. Inhaltliche Reichweite der Rezeptionsanordnung	13
IV. Die einzelnen Grundrechte	16
1. Schutz der Persönlichkeit	16
a) Menschenwürde	16
b) Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit der Person	17
c) Freie Persönlichkeitsentfaltung	17
2. Kommunikationsgrundrechte	18
a) Die Grundrechte des Art. 4 Abs. 1 LV i. V. m. Art. 5 Abs. 1 GG	18
b) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	18
c) Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	18
3. Wirtschaftsgrundrechte (Berufs- und Eigentumsfreiheit)	19
4. Religiöse und kulturelle Rechte	19
a) Religions- und Gewissensfreiheit	19
b) Wissenschaftsfreiheit	19
5. Personale Rechtsstellung und personales Umfeld	20
a) Ehe und Familie	20
b) Schule	21

c) Freizügigkeit	22
d) Unverletzlichkeit der Wohnung	22
e) Auslieferung, Ausbürgerung, Asyl	22
6. Gleichheitsrechte	23
7. Justizielles und staatsbürgerliche Rechte	23
8. Grundrechtsverwirkung	23
V. „Soziale Grundrechte“ und „Lebensordnungen“ in der Landesverfassung	24
1. Zur Kategorie der sozialen Grundrechte	24
2. Lebensordnungen und Staatsziele	25
a) Familie, Schule und Erziehung	25
b) Staat und Kirche	27
c) Wissenschaft, Kunst und Kultur	29
d) Arbeit und Umwelt	29
VI. Anhang	30
D. Strukturprinzipien der nordrhein-westfälischen Landesverfassung	31
I. Bedeutung des Art. 28 Abs. 1 GG	31
1. Das republikanische Prinzip	32
2. Das demokratische Prinzip	32
a) Direktdemokratische Elemente	33
b) Ausländerwahlrecht	33
c) Arbeitnehmermitbestimmung	34
d) Wahlprüfung	34
3. Das Sozialstaatsprinzip	34
4. Das Rechtsstaatsprinzip	34
5. Das bundesstaatliche Prinzip	35
II. Strukturprinzipien der nordrhein-westfälischen Landesverfassung	35
III. Anhang	36
E. Die Verfassungsorgane	36
I. Der Landtag	36
1. Der Landtag im Verfassungsgefüge	36
2. Wahl des Landtages	37
a) Wahlrechtsgrundsätze	37
b) Wahlsystem	38
c) Wahlprüfung	39
d) Wahlkampfkosten	39
e) Wahlverbote	40
3. Die Landtagsabgeordneten	40
a) Das freie Mandat	40
b) Flankierende Rechte zum Schutz des freien Mandats	40
aa) Das Behindерungsverbot	40
bb) Indemnität und Immunität	41
cc) Abgeordnetenentschädigung	43
c) Parlamentarische Mitwirkungsrechte	44
4. Die Fraktionen	45
a) Fraktionszwang – Fraktionsdisziplin	45
b) Der Fraktionsausschuss	46
5. Die Opposition	46

Inhaltsverzeichnis	XI
6. Die Ausschüsse	46
a) Beteiligung fraktionsloser Abgeordneter	47
b) Untersuchungsausschüsse	47
7. Präsidium – Landtagspräsident	49
II. Die Landesregierung	50
1. Wahl des Ministerpräsidenten	52
2. Misstrauensvotum	52
3. Beendigung des Amtes	52
III. Der Verfassungsgerichtshof	53
IV. Anhang	53
F. Die legislativen und exekutiven Staatsfunktionen (Staatsleitung)	54
I. Gesetzgebung	54
1. Gesetzgebungsverfahren	55
2. Verfassungsändernde Gesetze	55
3. Haushaltsgesetzgebung	56
4. Verordnungsgebung	58
a) Ermächtigungsadressaten	58
b) Verordnungsermächtigung	59
c) Verordnung	60
d) Notstandsverordnungen	61
5. Satzungsgebung	61
II. Exekutive Staatsfunktionen	62
1. Der Funktionsbereich der Exekutive	62
2. Das Regierungshandeln	62
3. Der Landesrechnungshof	65
4. Der Datenschutzbeauftragte	66
III. Anhang	67
G. Plebiszitäre Elemente in der Landesverfassung	67
I. Die Volksinitiative	68
II. Das Verfahren der Volksgesetzgebung	68
1. Volksbegehren	68
2. Volksentscheid	70
III. Volksentscheid auf Antrag der Landesregierung	70
IV. Verfassungsänderungen im Wege der Volksgesetzgebung	70
V. Anhang	71
H. Verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	71
I. Bundesrechtliche Vorgaben und ideengeschichtliche Grundlagen	71
II. Der Gewährleistungsgehalt der Art. 78f. LV	72
1. Institutionelle Rechtssubjektsgarantie	73
2. Objektive Rechtsinstitutionsgarantie	75
a) Gemeinden	75
aa) Schutzbereich	75
(1) Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	76
(2) Eigenverantwortlichkeit	77
bb) Ausgestaltungs- und Begrenzungsvorbehalt	78
cc) Verfassungsrechtliche Legitimation	78
(1) „Kernbereich“ und „Randbereich“ kommunaler Selbstverwaltung	78

(2) Klausurenschwerpunkt „Aufgabenhochzonung“	80
(a) Legitimes Gemeinwohlinteresse	80
(b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	81
(3) Sonderkonstellation: Überbürdung staatlicher Aufgaben	81
b) Gemeindeverbände	82
3. Subjektive Rechtsstellungsgarantie	83
III. Keine Grundrechtsberechtigung der Gemeinden und Gemeindeverbände	83
IV. Finanzverfassungsrechtliche Garantien zugunsten der Gemeinden	84
1. Steuern	84
2. Finanzausgleich nach Art. 79 S. 2 LV	85
a) Festsetzung der Finanzausgleichsmasse	85
b) Verteilung der Finanzausgleichsmasse auf die Gemeinden	86
3. Kostendeckung für Aufgabenzuweisungen	86
V. Anhang	89
I. Die Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	90
I. Verhältnis von bundes- und landesverfassungsgerichtlichen Verfahren	90
II. Die einzelnen Verfahrensarten	92
1. Das Organstreitverfahren (Art. 75 Nr. 2 LV)	92
a) Zulässigkeit	92
aa) Verfahrensbeteiligte	93
bb) Verfahrensgegenstand	93
cc) Antragsbefugnis	93
dd) Form und Frist	94
b) Begründetheit	94
c) Prüfungsschema	94
2. Die abstrakte Normenkontrolle (Art. 75 Nr. 3 LV)	95
a) Zulässigkeit	95
aa) Antragsberechtigung	95
bb) Verfahrensgegenstand	96
cc) Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten	96
dd) Form und Frist	96
b) Begründetheit	97
c) Prüfungsschema	97
3. Die konkrete Normenkontrolle (Art. 100 GG)	98
a) Zulässigkeit	98
aa) Vorlageberechtigung	98
bb) Vorlagegegenstand	99
cc) Entscheidungserheblichkeit	99
dd) Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	99
ee) Form und Frist	99
b) Begründetheit	100
c) Prüfungsschema	100
4. Die Kommunalverfassungsbeschwerde (Art. 75 Nr. 5 LV)	100
a) Zulässigkeit	101
aa) Beteiligte	101
bb) Beschwerdegegenstand	101

Inhaltsverzeichnis	XIII
cc) Beschwerdebefugnis	102
dd) Rechtswegerschöpfung	102
ee) Form und Frist	102
b) Begründetheit	103
c) Prüfungsschema	103
5. Die Individualverfassungsbeschwerde	104
a) Zulässigkeit	104
aa) Beschwerdeberechtigung („jeder“)	104
bb) Beschwerdegegenstand	105
cc) Beschwerdebefugnis	105
dd) Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität	106
ee) Subsidiarität gegenüber dem Verfahren nach Art. 93 I Nr. 4a GG	107
ff) Form/Frist	107
gg) Rechtsschutzbedürfnis	107
b) Begründetheit	108
6. Sonstige Verfahrensarten	109
III. Anhang	109
J. Antworten zu den Kontrollfragen	110

§ 2. Kommunalrecht (Hellermann)

A. Einführung	113
I. Das Kommunalrecht in NRW in Ausbildung und Prüfung	113
II. Grundlagen: Das Rechtsgebiet des Kommunalrechts in NRW	113
1. Der Verwaltungsorganisationstyp der kommunalen Selbstverwaltung	114
a) Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	114
b) Begriff und Funktion der (kommunalen) Selbstverwaltung	115
2. Historische Entwicklung	115
a) Bis 1945	115
b) Seit 1945	117
c) Jüngere Modernisierungsbestrebungen	118
aa) Verwaltungmodernisierung	119
bb) Bürgergesellschaft auf kommunaler Ebene	119
3. Rechtsgrundlagen	120
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	120
aa) Allgemeiner verfassungsrechtlicher Rahmen	120
bb) Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwaltung	120
cc) Ergänzende Verfassungsregelungen	122
b) Gesetzgebungs Zuständigkeiten nach dem GG	122
c) Einfachrechtliche Rechtsgrundlagen im Landesrecht	123
4. Kommunen und Europarecht	124
a) Rechtsstellung im Primärrecht	124
b) Kompetenzielle Grenzen einer Europäisierung der Verwaltungsorganisation	125
c) Europäisierung des zu vollziehenden Rechts	125
5. Anhang	125
III. Konzeption und Gang der Darstellung	126

B. Die Rechtsstellung der Gemeinden im Staat	127
I. Rechtsstellung und Existenzgrundlagen	127
1. Begriff und Rechtsstellung	127
2. Gemeindegebiet	129
3. Finanzen	130
a) Finanzausstattung	130
b) Haushaltswirtschaft	131
4. Anhang	132
II. Gemeindliche Aufgaben und staatliche Aufsicht	133
1. System der gemeindlichen Aufgaben	133
a) Aufgabenmonismus in NRW	133
b) Unterscheidung von Aufgabentypen	135
aa) Freiwillige und pflichtige Aufgaben	135
bb) Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung	136
c) Sonderfälle	138
aa) Staatliche Auftragsangelegenheiten	138
bb) Organleihe	139
2. Staatsaufsicht	139
a) Begriff und Funktion	139
b) Insbesondere: Allgemeine Aufsicht und Sonderaufsicht	140
aa) Allgemeine Aufsicht	140
bb) Sonderaufsicht	142
3. Anhang	143
III. Rechtsschutz im Verhältnis zwischen Gemeinde und Staat	143
1. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	144
2. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	145
a) Statthafte Klageart	145
b) Beteiligten-/Prozessfähigkeit	146
c) Klagebefugnis	146
d) Vorverfahren	147
3. Amtshaftungsansprüche	147
4. Anhang	149
C. Die Binnenorganisation der Gemeinden	150
I. Wahlen und andere Beteiligungsformen für Einwohner und Bürger	151
1. Einwohner und Bürger	151
a) Begriff und Rechtsstellung des Einwohners	151
b) Begriff und Rechtsstellung des Bürgers	152
2. Wahlen auf Gemeindeebene	153
a) Rechtsgrundlagen	153
b) Aktives und passives Wahlrecht	153
c) Die Wahl des Rates	154
d) Die Wahl des Bürgermeisters	156
e) Rechtsschutz	157
3. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	157
a) Einführung und Überblick	157
b) Zulässigkeit des Bürgerbegehrens	158
aa) Bürgerbegehrungsähnliche Angelegenheit	158
bb) Form	158

Inhaltsverzeichnis	XV
cc) Einleitungsquorum	159
dd) Frist	159
c) Verfahrensgang von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	159
d) Rechtsschutz	160
aa) Klage gegen eine ablehnende Entscheidung des Rates	160
bb) Sperrwirkung des zulässigen Bürgerbegehrens	161
4. Anhang	161
II. Der Rat und seine Sitzungen	162
1. Der Rat als Organisation	162
a) Die Zusammensetzung des Rates	162
b) Ausschüsse	163
c) Fraktionen	164
2. Die Kompetenzen des Rates	166
a) Ausschließliche Kompetenzen für bestimmte Materien	166
b) Weitere materienbezogene Kompetenzregeln	167
c) Rechtsfolgen von Kompetenzverstößen	167
3. Verfahren und Beschlüsse	167
a) Ablauf der Gemeinderatssitzung und Beschlussfassung	168
b) Rechtsfolgen von Verfahrensverstößen	168
4. Die Rechtsstellung des einzelnen Ratsmitglieds	169
a) Mitgliedschaftlicher Status	169
b) Ordnungs- und Hausrechtsmaßnahmen	170
c) Mitwirkungsverbot wegen Befangenheit	171
d) Das kommunalrechtliche Vertretungsverbot	173
5. Anhang	174
III. Der Bürgermeister und die Vertretung der Gemeinde nach außen	175
1. Das Organ Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung	175
2. Die Kompetenzen des Bürgermeisters	177
a) Geschäftsleitungs- und Organisationsgewalt	177
b) Kompetenzen im Verhältnis zum Rat	178
c) Materienbezogene Kompetenzen, insbesondere Geschäfte der laufenden Verwaltung	178
d) Ausführungskompetenzen	179
e) Heranziehung des Bürgermeisters im Wege der Organi- leite	179
3. Vertretung der Gemeinde nach außen	180
a) Vertretung der Gemeinde bei den verschiedenen Hand- lungsformen	180
b) Fehlerfolgenrecht bei Außenvertretung ohne erforderlichen Ratsbeschluss	180
c) Vertretung der Gemeinde bei Verpflichtungserklärungen	181
aa) Schriftform- und Unterzeichnungserfordernis	181
bb) Rechtsfolge von Verstößen	182
4. Anhang	183
IV. Rechtsschutz im Innenrechtsverhältnis (Kommunalverfassungs- streit)	184
1. Grundlagen	184
2. Zulässigkeit von Kommunalverfassungsstreitigkeiten	185
a) Verwaltungsrechtsweg	185
b) Klageart	185

c) Klagebefugnis	186
d) Beteiligten- und Prozessfähigkeit, passive Prozessführungs- befugnis	187
3. Die Entscheidung im Kommunalverfassungsstreit	188
4. Anhang	188
D. Handlungsformen und Instrumente	188
I. Satzungen	188
1. Grundlagen	189
a) Begriff	189
b) Abgrenzung zu anderen Handlungsformen	189
c) Erscheinungsformen	190
2. Anforderungen an die Ermächtigungsgrundlage für gemeindli- che Satzungen	191
3. Formelle Anforderungen an gemeindliche Satzungen	192
a) Kompetenz	192
b) Verfahren	193
c) Fehlerfolgenrecht	194
4. Materielle Anforderungen an gemeindliche Satzungen	194
a) Einfachrechtliche Anforderungen	194
b) Materiellverfassungsrechtliche Anforderungen	195
5. Kontrolle und Rechtsschutz	195
a) Verwaltungsinterne Kontrolle	195
b) Rechtsschutz	196
aa) Unmittelbare Kontrolle	196
bb) Incidente Kontrolle	196
6. Anhang	197
II. Öffentliche Einrichtungen	197
1. Begriff und Abgrenzung	198
2. Die gemeindliche Entscheidung über Schaffung und Organisa- tionsform	199
a) Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Schaffung	199
b) Wahlfreiheit hinsichtlich der öffentlich- oder privatrechtli- chen Organisationsform	199
3. Das Rechtsverhältnis zwischen Gemeinde bzw. Einrichtungs- betreiber und Einwohner	200
a) Zwei-Stufen-Theorie	200
b) Wahlfreiheit hinsichtlich der öffentlich- oder privatrechtli- chen Ausgestaltung der Stufe des „Wie“	201
c) Rechtsfolgen auf der Stufe des „Wie“	201
4. Zulassungsanspruch der Einwohner	203
a) Vorrangige Spezialvorschriften	203
b) Der Zulassungsanspruch nach § 8 Abs. 2 GO	203
aa) Anspruchsberechtigung	203
bb) Reichweite und Grenzen des Anspruchs	204
cc) Adressat des Anspruchs	206
dd) Rechtsschutz	207
c) Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über eine Sonderbenutzung	208
5. Anschluss- und Benutzungzwang	209

a) Begriff und Anwendungsbereich	210
b) Voraussetzungen	210
c) Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	211
6. Anhang	212
III. Gemeindliche Wirtschaftstätigkeit	212
1. Einführung	213
a) Begriff der wirtschaftlichen Betätigung	213
b) Staatliche/gemeindliche und private Wirtschaftstätigkeit zur Wahrnehmung gemeindlicher Aufgaben	213
2. Überblick: Der rechtliche Rahmen kommunalwirtschaftlichen Handelns	215
a) Statthaftigkeit (Ob)	215
b) Handlungsmaßstäbe (Wie)	216
aa) Europarecht	216
bb) Verfassungsrecht	217
cc) Einfaches Recht	217
3. Kommunalrechtliche Zulässigkeit gemeindlicher Wirtschaftsbetätigung	218
a) Bankunternehmen	218
b) Nichtwirtschaftliche Betätigung gemeindlicher Einrichtungen	219
c) Wirtschaftliche Unternehmen (Schrankentrias)	219
aa) Öffentlicher Zweck	220
bb) Leistungsfähigkeit	220
cc) Sog. Funktionssperre	221
d) Insbesondere: Überörtliche und ausländische Betätigung gemeindlicher Unternehmen und Einrichtungen	221
e) Insbesondere: Gemeindliche Energiewirtschaft	222
4. Die Organisationsformen gemeindlicher Unternehmen	222
a) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	223
b) Privatrechtliche Organisationsformen	224
aa) In Betracht kommende privatrechtliche Organisationsformen	224
bb) Kommunalrechtliche Vorgaben	224
5. Konkurrentenschutz	226
a) Rechtsweg	226
b) Klageart	226
c) Klagebefugnis	227
d) Begründetheit	227
6. Anhang	228
E. Kreise und weitere kommunale Träger	229
I. Die Kreise	229
1. Bestand und Rechtsstellung	229
2. Finanzierung	229
3. Aufgaben	230
a) Wirkungskreis	230
b) Aufgabentypen und staatliche Aufsicht	231
c) Handlungsformen und Instrumente	232
4. Kreisorgane	232

a) Der Kreistag	232
b) Der Landrat	233
c) Der Kreisausschuss	233
5. Anhang	234
II. Die Landschaftsverbände	234
1. Bestand und Rechtsstellung	234
2. Aufgaben	235
3. Organe	235
4. Anhang	236
III. Die kommunale Gemeinschaftsarbeit	236
1. Zweckverbände	237
2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen	237
3. Anhang	238
F. Antworten zu den Kontrollfragen	238
 § 3. Polizei- und Ordnungsrecht NRW (Dietlein)	
A. Gefahrenabwehr als zentrale Staatsfunktion	244
I. Staatsphilosophische Grundlagen	244
II. Gefahrenabwehr als Verfassungspflicht	245
III. Notwehrrechte im Konzept des staatlichen Gewaltmonopols	246
IV. Gefahrenabwehrrechtliche Kompetenzverteilung nach dem Grundgesetz	248
1. Sicherheitsgesetzgebung	248
2. Verwaltungszuständigkeiten	251
3. Polizeirecht und Europa	252
4. Ergebnis	252
V. Anhang	253
B. Polizei- und Ordnungsgesetzgebung in Nordrhein-Westfalen	253
I. Die Polizeiverwaltung und ihre Behördenstruktur	254
II. Die Ordnungsverwaltung und ihre Behördenstruktur	255
III. Die Kompetenzverteilung im Einzelnen	257
1. Grundsatz der Subsidiarität (§ 1 Abs. 1 S. 1 und 3 PolG)	257
2. Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten – Abgrenzung von der Strafverfolgung	258
3. Schutz privater Rechte	261
4. Spezialzuständigkeiten	262
5. Sonstige Zuständigkeiten	263
IV. Grenzüberschreitende Einsätze	263
V. Anhang	264
C. Grundlagen der polizeilichen Eingriffsverwaltung	265
I. Allgemeines	265
II. Befugnisnormen des Polizei- und Ordnungsrechts	266
III. Die polizei- und ordnungsbehördliche Generalklausel	268
IV. Anhang	270
D. Der Gefahrenbegriff als zentrale tatbestandliche Eingriffsvoraussetzung	271

I. Öffentliche Sicherheit	271
1. Schutz der Individualrechtsgüter	271
2. Schutz der Unversehrtheit der objektiven Rechtsordnung	272
3. Schutz des Bestandes und der Veranstaltungen des Staates	273
II. Das Schutzzgut der öffentlichen Ordnung	273
III. Der Gefahrenbegriff	276
1. Gefahr – Belästigung	276
2. Notwendigkeit einer „abgestuften“ Gefahrenschwelle	277
3. Notwendigkeit einer Prognose aus der <i>ex ante</i> -Betrachtung	278
4. Gefahrenvarianten	281
IV. Anhang	283
E. „Verantwortlichkeit“ – Die Adressatenproblematik bei Gefahrenabwehrmaßnahmen	284
I. Die Handlungsverantwortlichkeit	285
1. Begriff der „Ursächlichkeit“	286
2. Haftung für das Verhalten Dritter	290
II. Die Zustandsverantwortlichkeit	291
1. Gefahrverursachung durch ein Tier oder eine Sache	292
2. Adressaten	293
3. Grenzen der Zustandsverantwortlichkeit	295
III. Der „Nichtstörer“ im polizeilichen Notstand	298
IV. Der Anscheins- und Verdachtsstörer	299
1. Notwendigkeit eines Verursachungsbeitrages?	300
2. Durchgriff auf den wirklichen Verursacher?	301
V. Rechtsnachfolge in die polizei- und ordnungsrechtliche Verantwortlichkeit	302
1. „Verantwortlichkeit“ als individuelle Pflichtenposition	302
2. Nachfolgefähigkeit	303
3. Nachfolgetatbestand	303
VI. Der Staat als Adressat von Gefahrenabwehrmaßnahmen	304
VII. Anhang	306
F. Das Opportunitätsprinzip – Ermessen	306
I. Ebenen der Ermessensausübung	307
1. Entschließungermessen	307
2. Störerauswahlermessen	308
3. Handlungermessen (Auswahlermessen in sachlicher Hinsicht)	309
II. Ermessensfehler	312
1. Ermessensnichtgebrauch	313
2. Ermessensfehlgebrauch	313
3. Ermessensüberschreitung	314
III. Anhang	315
G. Die klassische „Polizeirechtsklausur“ – Prüfungsschema der Generalklausel	315
I. Eingriffsermächtigung	316
II. Formelle Rechtmäßigkeit	316
III. Materielle Rechtmäßigkeit	317
IV. Anhang	318

H. Der Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	318
I. Dogmatische Begründung	318
II. Reichweite des Anspruchs	319
III. Anhang	320
I. Die polizei- und ordnungsbehördlichen „Standardmaßnahmen“ ...	321
I. Grundlagen	321
II. Platzverweisung (§ 34 Abs. 1 PolG)	322
1. Anwendungsbereich	323
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	324
3. Verfahrensrechtliche Aspekte	325
III. Aufenthaltsverbot (§ 34 Abs. 2 PolG)	325
1. Anwendungsbereich	325
2. Tatbestandliche Voraussetzungen des § 34 Abs. 2 PolG	326
3. Vollziehung	327
IV. Wohnungsverweisung (§ 34a PolG)	327
1. Anwendungsbereich	327
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	328
3. Schutz des Opfers und vollstreckungsrechtliche Fragen	328
V. Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot (§ 34b PolG)	329
1. Grundlagen	329
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	329
3. Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	330
4. Das Kontaktverbot	330
5. Durchsetzung der Aufenthaltsvorgabe	331
VI. Ingewahrsamnahme (§§ 35 ff. PolG)	331
1. Anwendungsbereich	332
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	333
a) Der „Schutzgewahrsam“ (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 PolG)	333
b) Der „Präventiv“- oder „Unterbindungsgewahrsam“ (§ 35 Abs. 1 Nr. 2 PolG)	333
c) Der „Durchsetzungsgewahrsam“ (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 und 4 PolG)	335
d) Die Ingewahrsamnahme zum Schutz privater Rechte (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 PolG)	336
e) Die Ingewahrsamnahme zur Durchsetzung von Aufenthaltsvorgaben (§ 35 Abs. 1 Nr. 6 PolG)	336
f) Die Sondertatbestände des § 35 Abs. 2 und 3 PolG	337
3. Besondere verfahrensrechtliche Voraussetzungen	337
VII. Durchsuchung (§§ 39 ff. PolG)	339
1. Die Durchsuchung von Personen	339
a) Tatbestandliche Voraussetzungen der Durchsuchung	339
b) Verfahrensrechtliche Aspekte	340
2. Die Durchsuchung von Sachen	341
3. Die Wohnungsdurchsuchung	341
a) Betreten und Durchsuchung	342
b) Tatbestandliche Voraussetzungen für das Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	342
c) Grenzen des Betretungs- und Durchsuchungsrechts	343
d) Der „Richtervorbehalt“	344

Inhaltsverzeichnis	XXI
VIII. Sicherstellung (§ 43f. PolG)	344
a) Tatbestandliche Voraussetzungen der Sicherstellung	347
b) Fragen der Verhältnismäßigkeit	349
c) Verfahrensfragen, Kostenfragen und Herausgabe- pflicht	350
d) Verwertung/Vernichtung	350
IX. Anhang	351
J. „Informationelle“ Standardermächtigungen	352
I. Verfassungs- und unionsrechtlicher Hintergrund	352
II. Systematik der informationellen Befugnisnormen	354
III. Die wichtigsten informationellen Eingriffsermächtigungen	354
1. Die informationelle „Generalklausel“ (§ 9 Abs. 1 PolG)	354
2. Befragung (§ 9 Abs. 2 PolG)	355
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	356
b) Fragen der Verhältnismäßigkeit und der Vollstreckung	356
3. Vorladung/Vorführung/Vernehmung (§ 10 PolG)	357
a) Tatbestandliche und verfahrensrechtliche Voraussetzungen	357
b) Zur Geltung des § 136a StPO	357
4. Identitätsfeststellung (§ 12 PolG)	358
5. Die „strategische Fahndung“	360
a) Tatbestandliche und verfahrensrechtliche Voraussetzungen	360
b) Verhältnismäßigkeit	361
6. Erkennungsdienstliche Behandlung (§ 14 PolG)	361
7. Besondere Formen der Datenerhebung und -verwendung	362
a) Datenerhebung in besonderen Situationen	362
b) Datenerhebung mit besonderen Mitteln	363
c) Datenverwendung, Datenübermittlung und Betroffenen- rechte	366
8. Rasterfahndung (§ 31 PolG)	367
a) Begriff und Verfassungsmäßigkeit der Rasterfahndung	367
b) Verfahrensrechtliche Anforderungen	368
c) Materiell-rechtliche Fragestellungen	368
9. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung („elektronische Fußfessel“)	368
IV. Anhang	369
K. Ordnungsbehördliche Verordnungen	370
I. Zuständigkeitsfragen	370
II. Form- und Verfahrensfragen	371
III. Materielle Rechtmäßigkeitsfragen	372
1. Die „abstrakte Gefahr“	372
2. Sonstige Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	373
IV. Anhang	375
L. Grundlagen des Verwaltungszwangs	375
I. Allgemeines	375
1. Vorbehalt des Gesetzes	376
2. Trennung von Verwaltungszwang und Sanktion	376
II. Die Zwangsmittel	378

1. Zwangsgeld und Ersatzzwangshaft	378
2. Ersatzvornahme	379
3. Unmittelbarer Zwang	380
4. Abgrenzungsprobleme am Beispiel des Abschleppens von PKW	381
III. Das gestufte Verfahren	382
1. Androhung des Zwangsmittels	383
2. Festsetzung des Zwangsmittels	384
3. Anwendung des Zwangsmittels	385
4. Das Klausurenschema	385
IV. Der „sofortige Vollzug“	387
V. Spezialprobleme des Abschleppens von Fahrzeugen	388
VI. Kostenrecht	391
VII. Anhang	396
M. Polizeiliches Haftungsrecht	396
I. Schadensersatz für rechtswidrige Handlungen	397
1. Der Amtshaftungsanspruch des § 839 BGB i. V.m.	
Art. 34 GG	397
a) Der haftungsrechtliche Beamtenbegriff	398
b) Handeln in öffentlich-rechtlicher Form	399
c) Amtspflichtverletzung – Drittbezug – Kausalität	399
d) Verschulden	400
e) Sonstige Beschränkungen der Amtshaftung	400
f) Anspruchsberechtigter	401
g) Anspruchsgegner	401
h) Geltendmachung des Anspruchs	402
2. Der Schadensersatzanspruch des § 39 Abs. 1 lit. b OBG	402
a) Begrenzter Anwendungsbereich	403
b) Haftungsausschluss	403
c) Begrenzung der Haftungsfolgen	404
d) Der Begriff der Rechtswidrigkeit: Handlungs- oder Erfolgs- unrecht?	404
e) Sonderproblem: Haftung für „legislatives Unrecht“?	405
II. Entschädigung für rechtmäßige Beeinträchtigungen	406
1. Inanspruchnahme nach § 19 OBG	406
2. Ausschlussgründe	408
3. Haftungsumfang/Verjährung	409
III. Der Folgenbeseitigungsanspruch	410
IV. Der Regress (§ 42 Abs. 2 OBG)	412
V. Anhang	413
N. Versammlungsrechtliche Bezüge des Polizeirechts	414
I. Begriff der „öffentlichen Versammlung“	414
II. Eingriffsmöglichkeiten des Versammlungsgesetzes	416
1. Anmeldepflicht	416
2. Versammlungsverbot und Auflagen	417
3. Auflösung und „Minusmaßnahmen“	421
4. Möglichkeiten und Grenzen eines Rückgriffs auf das Polizei- recht	422

Inhaltsverzeichnis	XXIII
5. Möglichkeiten und Grenzen eines Rückgriffs auf das Zivilrecht	424
6. Versammlung in geschlossenen Räumen	425
III. Anhang	425
O. Antworten zu den Kontrollfragen	426
 § 4. Öffentliches Baurecht (Hellermann)	
A. Einführung	432
I. Das öffentliche Baurecht in NRW in Ausbildung und Prüfung	432
II. Grundlagen: Das Rechtsgebiet des öffentlichen Baurechts in NRW	433
1. Funktion des öffentlichen Baurechts	433
2. Historische Entwicklung des öffentlichen Baurechts	434
3. Gesetzgebungszuständigkeiten nach dem GG	434
4. Rechtsgrundlagen	435
a) Bauplanungsrecht	435
b) Bauordnungsrecht	436
5. Anhang	437
III. Konzeption und Gang der Darstellung	438
B. Bauleitplanung	439
I. Grundlagen	439
1. Aufgabe und Eigenart der Bauleitplanung	439
2. Die Bauleitplanung im System raumbezogener Planung	440
3. Bauleitplanung als gemeindliche Aufgabe	441
4. Zweistufiges System der Bauleitplanung	442
5. Rechtliche Eigenart, Inhalt und Gestalt insbesondere von Bebauungsplänen	443
6. Anhang	444
II. Das Verfahren der Bauleitplanung	444
1. Zuständigkeit	444
2. Verfahren der Planaufstellung, insbesondere der Aufstellung von Bebauungsplänen	445
3. Änderung, Aufhebung, Außerkrafttreten	448
a) Anwendung des Aufstellungsverfahrens	448
b) Außerkrafttreten durch Gewohnheitsrecht	448
4. Anhang	448
III. Materiellrechtliche Anforderungen an Bauleitpläne, insbesondere Bebauungspläne	448
1. Erforderlichkeit	448
2. Planungsleitsätze	449
a) Gebot äußerer Planeinheit	450
b) Gebot konkreter Planung	450
c) Gebot positiver Planung	450
3. Entwicklungsgebot	450
4. Bindung an andere Planungen	451
a) Horizontale Abstimmung mit nachbargemeindlicher Bauleitplanung	451
b) Vertikale Abstimmung mit überörtlichen Planungsträgern	452

aa) Raumordnung und Landesplanung	452
bb) Verhältnis zur Fachplanung	453
5. Numerus clausus der möglichen bauplanungsrechtlichen Fest- setzungen	454
6. Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB)	456
a) Abwägungsfehlerlehre	457
b) Inhaltliche Anforderungen des Gebots gerechter Abwägung ...	459
aa) Die Zusammenstellung des Abwägungsmaterials	459
bb) Abwägungsgrundsätze	460
7. Anhang	462
IV. Rechtsfehler in der Bauleitplanung und Fehlerfolgen	462
1. Bauplanungsrechtliche Fehler und Fehlerfolgenregelung	463
a) Unbeachtlichkeit von Fehlern (§ 214 Abs. 1–3 BauGB)	463
aa) Verfahrens- und Formfehler	463
bb) Materielle Fehler	464
b) Behebbarkeit von Fehlern	464
c) Rügepflichtigkeit/Unbeachtlichwerden von Fehlern	465
2. Exkurs: Kommunalrechtliche Fehler und Fehlerfolgenregelung ..	465
3. Anhang	466
V. Rechtsschutz gegen Bauleitpläne	466
1. Flächennutzungsplan	466
2. Bebauungsplan	467
a) Normenkontrolle	467
b) Verwaltungsgerichtliche Inzidentkontrolle	468
c) Verfassungsbeschwerde	468
3. Anhang	469
C. Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Einzelvorhaben	469
I. Überblick	469
II. Anwendungsbereich der §§ 30ff. BauGB	471
1. Ausgrenzung sog. privilegierter Fachplanungen (§ 38 BauGB) ...	471
2. Vorhaben i. S. v. § 29 Abs. 1 BauGB	471
a) Begriff der baulichen Anlage	472
b) Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung	472
c) Irrelevanz der Genehmigungsbedürftigkeit	473
3. Anhang	473
III. Vorhaben im beplanten Innenbereich (§ 30 Abs. 1, 2 BauGB)	473
1. Anwendungsbereich	473
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	474
a) Vereinbarkeit mit den Festsetzungen des Bebauungs- plans	474
aa) Art der baulichen Nutzung (§§ 1 bis 15 BauNVO)	474
bb) Sonstige Festsetzungen	477
b) Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB)	477
aa) Ausnahmen (§ 31 Abs. 1 BauGB)	477
bb) Befreiungen (§ 31 Abs. 2 BauGB)	478
3. Anhang	479
IV. Vorhaben im nicht (qualifiziert) beplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)	480
1. Anwendungsbereich	480

a) Kein qualifizierter Bebauungsplan i.S.v. § 30 Abs. 1, 2 BauGB	480
b) Im Zusammenhang bebauter Ortsteil	480
aa) Auslegung des gesetzlichen Tatbestandsmerkmals	480
bb) Innenbereichssatzungen (§ 34 Abs. 4 BauGB)	481
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	481
a) Einfügen in die Eigenart der näheren Umgebung	482
aa) § 34 Abs. 2 BauGB	483
bb) § 34 Abs. 1 S. 1 BauGB	483
b) Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse/Ortsbild	484
c) Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche	484
3. Anhang	485
V. Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB)	486
1. Zulässigkeit von Außenbereichsvorhaben gemäß § 35 Abs. 1, 2 BauGB	486
a) Privilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 1 BauGB)	487
aa) Die einzelnen Privilegierungstatbestände	487
bb) Kein Entgegenstehen öffentlicher Belange	489
cc) Schonungsgebot und Rückbauverpflichtung	489
b) Sonstige (nicht privilegierte) Vorhaben (§ 35 Abs. 2 BauGB)	490
aa) Beurteilung nach § 35 Abs. 2, 3, 5 S. 1 BauGB	490
bb) Außenbereichssatzung (§ 35 Abs. 6 BauGB)	491
2. Sonderregelungen für bestehende Anlagen	491
a) Aktiver Bestandsschutz kraft Art. 14 GG	491
b) Begünstigte/teilprivilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 4 BauGB)	492
3. Anhang	493
VI. Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung (§ 33 BauGB)	494
1. Anwendungsbereich	494
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	494
3. Anhang	495
VII. Weitere, übergreifende Zulässigkeitsvoraussetzungen	495
1. Erschließung	495
2. Gemeindliches Einvernehmen (§ 36 BauGB)	496
a) Funktion und Anwendungsbereich	496
b) Die gemeindliche Entscheidung über das Einvernehmen	498
c) Folgen eines (rechtswidrig) verweigerten gemeindlichen Einvernehmens	498
aa) Rechtsschutz des Bürgers	498
bb) Kommunalaufsichtliches Einschreiten	499
cc) Ersetzung gemäß § 36 Abs. 2 S. 3 BauGB	499
3. Anhang	500
D. Sicherung und Verwirklichung der Bauleitplanung/Kooperation mit Privaten	501
I. Sicherung der Bauleitplanung	501
1. Veränderungssperre und Zurückstellung	501
a) Veränderungssperre (§§ 14, 16 ff. BauGB)	501
b) Zurückstellung (§ 15 BauGB)	503

2. Grundstücksteilung (§ 19 BauGB)	504
3. Vorkaufsrecht (§§ 24ff. BauGB)	504
4. Anhang	504
II. Verwirklichung der Bauleitplanung (einschließlich Kooperation mit Privaten)	505
1. Erschließung (§§ 123ff. BauGB)	505
2. Umlegung (§§ 45ff. BauGB)	505
3. Städtebauliche Gebote (§§ 175ff. BauGB)	506
4. Städtebauliche Enteignung (§§ 85ff. BauGB)	506
5. Zusammenarbeit mit Privaten	507
a) Städtebauliche Verträge (§ 11 BauGB)	508
b) Vorhabenbezogener Bebauungsplan (§ 12 BauGB)	509
6. Anhang	510
E. Materielles Bauordnungsrecht	510
I. Allgemeine Vorschriften	511
1. Anwendungsbereich der BauO	511
2. Allgemeine Anforderungen an Anlagen (§ 3 BauO)	511
3. Abweichungen (§ 69 BauO)	512
4. Anhang	513
II. Ausgewählte, einzelne bauordnungsrechtliche Anforderungen	513
1. Verunstaltungsverbot (§ 9 BauO)	513
2. Werbeanlagen (§ 10 BauO)	514
3. Örtliche Bauvorschriften (§ 89 BauO)	515
4. Stellplatzpflicht (§ 48 BauO)	515
5. Abstandsfächenergeregelung (§ 6 BauO)	516
6. Anhang	517
F. Formelles Bauordnungsrecht	517
I. Organisation der Bauaufsicht	517
1. Bauaufsichtsbehörden (§ 57 BauO)	517
2. Zuständigkeitsverteilung	518
II. Bauordnungsrechtliche Instrumentarien	518
1. Baulast (§ 85 BauO)	518
2. Instrumente präventiver Rechtmäßigkeitskontrolle	519
a) Baugenehmigung	519
aa) Genehmigungsbedürftigkeit	519
bb) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen bzw. Anforderungen	521
cc) Materielle Rechtmäßigkeits- bzw. Anspruchsvoraussetzungen	522
dd) Rechtswirkungen und Rechtsbeständigkeit	525
b) Bauvorbescheid und Teilbaugenehmigung	527
3. Eingriffsrechte der Baurechtsbehörden	528
a) Die Ermächtigungsgrundlage des § 58 Abs. 2 S. 2 BauO	528
b) Ermächtigungsgrundlagen für baupolizeiliche „Standardmaßnahmen“	530
aa) Stilllegungsverfügung	530
bb) Nutzungsuntersagung	530
cc) Abrissverfügung	531
4. Anhang	533

G. Rechtsschutz in bauaufsichtlichen Streitigkeiten	534
I. Rechtsschutz des Bauherrn	534
1. Vorgehen mit dem Ziel einer antragsgemäßen Baugenehmigung	535
a) Verpflichtungsklage auf Erteilung einer Baugenehmigung	535
b) Vorgehen gegen Nebenbestimmungen	536
2. Vorgehen gegen Eingriffsmaßnahmen	536
3. Anhang	536
II. Verwaltungsgerichtlicher Nachbarschutz	537
1. Begriff des Nachbarn	538
2. Nachbarschützende baurechtliche Normen	538
a) Gebot der Rücksichtnahme	539
b) Einzelne bauplanungsrechtliche Regelungen und Festsetzungen	540
c) Materielles Bauordnungsrecht	542
d) Verfahrensrechte	542
e) Grundrechte	543
3. Vorgehen gegen eine Baugenehmigung	544
a) Nachbarklage	544
b) Vorläufiger Rechtsschutz	544
4. Vorgehen mit dem Ziel bauaufsichtlichen Einschreitens	545
5. Anhang	546
H. Antworten auf die Kontrollfragen	547

§ 5. Verwaltungsprozessuale Probleme in der Fallbearbeitung (Dietlein)

A. Das Hauptsacheverfahren	554
I. Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage	555
1. Verwaltungsrechtsweg	555
a) Aufdrängende Sonderzuweisung	555
b) Generalklausel	555
aa) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	555
bb) Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art	556
cc) Keine abdrängende (Sonder-)Zuweisung zu einem anderen Gericht	556
2. Statthafte Klageart	556
a) Anfechtungsklage	557
b) Verpflichtungsklage	557
c) Fortsetzungsfeststellungsklage	557
d) Allgemeine Leistungsklage	558
e) Feststellungsklage	558
f) Normenkontrollverfahren, § 47 Abs. 1 VwGO	559
3. Klagebefugnis	559
4. Vorverfahren	561
5. Klagefrist	562
6. Klagegegner	563
7. Beteiligtenfähigkeit	563
8. Prozessfähigkeit	564

9. Zuständiges Gericht	564
10. Rechtsschutzbedürfnis	564
11. Objektive Klagehäufung	565
II. Begründetheit einer verwaltungsgerichtlichen Klage	565
1. Anfechtungsklage	565
2. Verpflichtungsklage	566
3. Fortsetzungsfeststellungsklage	567
4. Allgemeine Leistungsklage	567
5. Feststellungsklage	567
6. Verwaltungsgerichtliches Normenkontrollverfahren	567
III. Anhang	567
B. Das Aussetzungsverfahren (sog. „80 V-er Verfahren“)	568
I. Zulässigkeit des Antrags	569
1. Verwaltungsrechtsweg	569
2. Statthafte Antragsart	569
3. Antragsbefugnis	569
4. Antragsgegner	570
5. Beteiligten- und Prozessfähigkeit	570
6. Rechtsschutzbedürfnis	570
7. Antragsfrist	570
II. Begründetheit des Antrags	570
1. Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO	570
2. Antrag auf Feststellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO analog (bei drohendem „faktischer Vollzug“)	571
III. Annexantrag auf (vorläufige) Vollzugsfolgenbeseitigung, § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO	571
IV. Anhang	571
C. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	571
I. Zulässigkeit des Antrags	572
1. Verwaltungsrechtsweg	572
2. Statthaltigkeit des Antrags	572
3. Antragsbefugnis	573
4. Antragsgegner	573
5. Beteiligten- und Prozessfähigkeit	573
6. Zuständiges Gericht	573
7. Rechtsschutzbedürfnis	573
II. Begründetheit des Antrags	573
1. Darlegung und Glaubhaftmachung des Anordnungsanspruchs	573
2. Glaubhaftmachung des Anordnungsgrundes	574
3. Gerichtliche Entscheidung	574
III. Anhang	574
D. Antworten auf die Kontrollfragen	575
Sachverzeichnis	577